Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Jan Treibel

20 Jahre Deutsche Einheit

Gemeinsam Auswege aus der Vertrauenskrise den!

05. Oktober 2010

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Redaktion
Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

Wissenschaftliche Koordination
Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

Sekretariat
Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)
Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift
Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 – 3179
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de
www.forschungsgruppe-regieren.de
www.politik.uni-duisburg-essen.de

20 Jahre Deutsche Einheit

Gemeinsam Auswege aus der Vertrauenskrise finden!

Von Jan Treibel[1]

Das deutsche Volk feiert in diesen Tagen 20 Jahre Deutsche Einheit. Große Begeisterung, Jubel, überschwängliche Glückgefühle – das alles vermisste man sowohl bei den offiziellen Feierlichkeiten der politischen Eliten, als auch bei den einfachen Bürgen in Ost und West völlig. Und noch nicht mal ein zusätzlicher Feiertag war den deutschen Arbeitnehmern gegönnt – der Nationalfeiertag fiel ausgerechnet in diesem Jahr auf einen Sonntag.

Warum ist das Deutschland im Jahre 2010 nicht nur zeitlich, sondern auch mentalitätsmäßig so weit entfernt von „Deutschland. Einig Vaterland"? Seit 1989/90 sind in Ost und West gleichsam die hohen Erwartungen enttäuscht worden: Trotz „blühender Landschaften" mussten viele ostdeutsche Bundesländer den Abzug von gut ausgebildeten jungen Bürgen in den Westen und das massive Absterben der lokalen Infrastruktur erleben. Der Westen diskutiert hingegen seit geraumer Zeit über Sinn- und Unsinn von Solidaritätszuschlag und Solidarpakt. Finanziell arg leidende Kommunen wie z.B. im Ruhrgebiet fordern fast parteiübergreifend eine Beteiligung ihrer Kommune an den Finanzhilfen des Aufbau Osts. So verläuft die Trennlinie in der politischen Diskussion in Zeiten knapper Kassen und Schuldenhaushalte nicht mehr automatisch zwischen Ost und West, sondern zwischen arm und reich, und im ausdifferenzierten, europäischen Mehrebenensystem auch immer stärker zwischen Kommune, Land, Bund und EU.

Dabei können Angleichungen der politischen Strukturen und Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland beobachtet werden: Die aufgrund der unterschiedlichen Vorgeschichte großen Differenzen in politischer Kultur, im Parteiensystem und im Wahlverhalten haben sich immer mehr angenähert: Das Vertrauen in Institutionen des politischen Systems wie Parteien und Regierungen schwindet nicht nur gerade in Stuttgart, sondern eben auch in Schwerin, Leipzig oder Dresden. Durch die Etablierung der PDS als Linkspartei im Westen, aber auch durch die im Osten immer stärker verwurzelten mittelgroßen Parteien FDP und Grüne haben sich in fast allen Bundesländern Fünf-Parteiensysteme mit ähnlichen Konsequenzen für die Regierungsbildung und den Parteienwettbewerb herausgebildet. Und auch das Wahlverhalten nährt sich an. Eine derart hohe Volatilität der Wähler, was sich aktuell in Gesamtdeutschland z.B. durch den Verlust von drei Vierteln der FDP-Wählerschaft binnen weniger Monate zeigt, ist für Ostdeutschland schon seit 1990 kennzeichnend.

[1] Jan Treibel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für das politische System der Bundesrepublik an der Universität Duisburg-Essen. Seine Forschungsschwerpunkte sind das Politische System der Bundesrepublik, die Parteien- und Wahlforschung sowie Fragen der Politischen Kommunikation.

Politiker und Bürger in Ost wie West stehen trotz immer noch ungleicher Lebensverhältnisse und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen vor ähnlich schweren Herausforderungen, dass politische System wieder attraktiver zu gestalten. Die Auswege daraus müssen in allen Regionen des Landes die gleichen sein. Einer könnte sein, sich wieder intensiver und leidenschaftlicher mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen!